



Die Hessische Kommunale 4-2022 August

Wie gewinnen wir Nachwuchs für die Kommunalpolitik?

Kommunalpolitisches Engagement und Nachwuchsgewinnung:

Andreas Siebert, Vorsitzender der SGK Hessen

Auf der kommunalen Ebene wird unser Zusammenleben entscheidend geprägt. Die Arbeit in der Kommunalpolitik wird dabei zumeist auch maßgeblich von ehrenamtlichen Personen mitgestaltet. Und nicht selten speist sich das spätere hauptamtliche Personal aus einem Kreis der bereits zuvor ehrenamtlich engagierten Personen. Die Rekrutierung und Sozialisierung politischer Führungskräfte erfolgt somit auch in der Mehrzahl auf kommunaler Ebene.

Vor allem ein kommunalpolitisches Engagement mit einem Mandat in einer Gemeindevertretung oder Stadtverordnetenversammlung – oder auch bereits als Mitglied eines Ortsbeirats – erfordert einen hohen zeitlichen Einsatz der Engagierten. Zum Mandat gehört die Mitarbeit in verschiedenen Arbeitsgruppen, die Teilnahme an Sitzungen von Parteigremien, wie der eigenen Fraktion, dazu kommt die jeweiligen Ausschusssitzung sowie weitere zum Teil auch repräsentative Termine. Das erfordert von diesem ehrenamtlich aktiven Personenkreis ein hohes Maß an zeitlicher Flexibilität. Doch nicht immer lässt sich dies gut mit dem Beruf und der eigenen Familie konfliktfrei unter einen Hut bringen. Das ist jedoch eine entscheidende Frage, wenn es darum geht, wie es uns gelingen kann, dass wir auch in Zukunft neue, motivierte und junge Menschen für die aktive Mitarbeit in der Kommunalpolitik begeistern können.

Vor allem der Spagat zwischen beruflichen und familiären Verpflichtungen muss bewältigt werden. Neben den inhaltlichen Themen, die unsere kommunalpolitische Arbeit prägen, kommt es auch darauf an, durch eine möglichst attraktive Gestaltung der Gremiensitzungen, Lust zu machen auf eine Mitarbeit in Partei und Parlamenten.



Foto: Thorsten Eschstruth, SPD U8-Kassel Land

Wie gestalten wir also konkret vor Ort die Politik für unsere Kommune? Im Idealfall trifft eine offene Debatte auf kommunalpolitisch interessierte Menschen. Vor allem junge Menschen wollen und müssen als Nachwuchskräfte für die Zukunft gewonnen werden. Das bedarf einem attraktiven Angebot, das den unterschiedlichen Lebenslagen und Ansprüchen gerecht werden kann. Es kommt darauf an, attraktive Angebote zu schnüren, um kommunalpolitischen Interessierten den Einstieg zu erleichtern.

Dazu gehört eine zielgruppengerechte Ansprache der potentiellen Mitstreiter*innen: Kontakte mit anderen Vereinen, etwa den Sportvereinen, lokalen Umweltgruppen oder Kultur- und Musikvereinen sind hierbei die ersten Ansprechpartner*innen, wenn es um den direkten Austausch über Themen und eine mögliche Ansprache von neuen Mitgliedern geht. Es gilt, den Menschen zuzuhören, ihre Wünsche, Sorgen und Bedürfnisse wahrzunehmen. So erfahren wir viel darüber, wie es den Betroffenen geht und wo der „Schuh drückt“. Nach dem ersten Dialog sollten weitere Anknüpfungspunkte erarbeitet werden, um im regelmäßigen Austausch zu bleiben.

Das eröffnet uns die Möglichkeit, auf Mitmachangebote der Partei hinzuweisen und eine entsprechende Rekrutierung neuer Mitglieder zu erreichen.

Auf Ebene der Partei benötigen wir zudem in einem ersten Schritt auch eine attraktive Willkommensansprache für Neumitglieder. Neue Mitglieder sollten direkt an die Hand genommen werden, Einladungen erhalten und ermuntert werden, sich aktiv einzubringen. Dazu bedarf es auf Ebene der Alteingesessenen einer Offenheit für Neues: Neue Themen und neue Köpfe bereichern die Arbeit im Ortsverein. Angebote für Neueinsteiger sollten dabei möglichst niedrigschwellig angelegt sein und eine Mitarbeit an konkreten Themengebieten ermöglichen. Zudem sollte am Ende des Prozesses ein Ergebnis stehen, das den Mitwirkenden zeigt, dass sie einen bedeutsamen Beitrag zur konkreten Politikentwicklung vor Ort geleistet haben.

Für die Gestaltung eines attraktiven Angebots ist die kontinuierliche Ansprache vor Ort notwendig. Daher sollte auf Ebene der Unterbezirke eine Neumitglieder-Akquise-Strategie entwickelt werden. Zudem müssen Ansprechpartner und Zuständigkeiten definiert werden. Es muss uns dabei auch gelingen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit einer hohen zeitlichen Flexibilität im Ehrenamt hinzubekommen, um für möglichst viele Menschen mit je unterschiedlichen Zeitbudgets ein attraktives Angebot bereitzuhalten.

Wenn es uns über ein Bündel an Maßnahmen gelingt, Nachwuchs zu gewinnen, müssen wir diese jungen Menschen auch entsprechend einbinden und fördern: Das bedeutet für die „alten Hasen“ dabei auch, ein Stückweit Verantwortung abzugeben. In letzter Konsequenz also auch aussichtsreiche Listenplätze für die Neuen freizumachen und einen Generationenwechsel zu ermöglichen. Dann werden wir auch weiterhin nah bei den Menschen und ihren Bedürfnissen sein und können so unsere sozialdemokratischen Werte einer Gesellschaft, in der es fair und gerecht zugeht, in den Parlamenten vorantreiben.

Die SGK Hessen bietet am 29. September 2022 im Rahmen eines Online-Workshops Denkanstöße und konkrete Tipps, wie sich junge Menschen für die politische Arbeit gewinnen lassen.

Der Workshop wird von Anna Latsch durchgeführt, Trainerin und Referentin der AfK Hessen, am 22.09.22 in der Zeit von 19 bis 21 Uhr online stattfinden.

Anmeldungen bitte an:

info@sgk-hessen.de

Ortsbeiräte in Hessen

Bei unserer Ortsbeirätekonferenz im Juni stellte Ayesha Pösl ihre Aufgaben in einem der größten Ortsbeiräte in Hessen vor. Julian Schweitzer als Bürgermeister von Bad Endbach berichtete von der Zusammenarbeit in einer ländlichen Region.

Mit diesen Beiträgen werden die Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Ortsbeiräten sehr deutlich.

Aus dem Ortsbeirat einer Großstadt - von Ayesha Pösl, Ortsbeirätin Frankfurt/M

Ich bin seit der Kommunalwahl Mitglied im Ortsbeirat 1 von Frankfurt. Zu unserem Ortsbezirk gehören das Zentrum von Frankfurt, also die Innenstadt/Altstadt mit der Zeil und dem Mainkai, das Bahnhofsviertel mit seinen sehr speziellen Fragestellungen, außerdem das Gallus und das Gutleut.

In unserem Ortsbezirk wohnen ca. 63.000 Menschen. Damit sind wir in Frankfurt ein mittelgroßer Ortsbezirk, denn die Frankfurter Ortsbezirke sind mit 5.000 bis 135.000 Menschen sehr unterschiedlich.

Das erste, das mir aufgefallen ist, als ich Ortsbeiratsmitglied wurde? Ich hatte plötzlich sehr viel mehr Termine. Und zwar nicht nur die Ortsbeiratssitzungen und die Fraktionssitzungen. So waren wir vor kurzem erst bei einem Discounter, der das Grundstück, auf dem er eine Filiale betreibt, neu bebauen möchte und bei einer Podiumsdiskussion zur Benennung des Bahnhofsvorplatzes nach Oskar und Emilie Schindler, bei der Michel Friedmann mit auf dem Podium saß.

Wie viele und welche der Einladungen man dann tatsächlich annimmt, ist natürlich jedem selbst überlassen. Ich versuche, zumindest im Gallus bei den wichtigsten Terminen dabei zu sein. Und insgesamt versuchen wir das in der Fraktion auch ein bisschen aufzuteilen, so dass zumindest einer von uns zu den wichtigsten Terminen im gesamten Ortsbezirk geht.



Bahnhofsviertel Frankfurt

Foto: © Stadt Frankfurt am Main
Fotograf: Andreas Varnhorn

Das zweite, das mir aufgefallen ist: Ich bekomme sehr viel mehr Emails. Das sind aber nicht nur die Einladungen, sondern wenigstens einmal pro Woche bekomme ich auch eine Mail von einem Bürger oder einer Bürgerin mit einem Anliegen. Und ich bekomme sehr viele Info-Mails von der Stadt.

In Frankfurt sind die Ortsbeiräte an das Büro der Stadtverordnetenversammlung angedockt. Von dort werden uns alle Informationen, die unseren Ortsbezirk betreffen, weitergeleitet. Wir bekommen nicht nur die Antworten auf unsere Anfragen oder die Vorlagen für die Stadtverordnetenversammlung, die unseren Ortsbezirk betreffen, weitergeleitet. Um es auf den Punkt zu bringen: Wenn jemand an der Hauptwache aus einem Werbe-Truck Werbematerial verteilen will, dann bekomme ich eine E-Mail.

Es kommt aber auch immer wieder vor, dass ich zu einem Thema Hintergrundinformationen brauche. Nach einem Jahr habe ich mir jetzt schon ein kleines Netzwerk aufgebaut. Wenn ich nicht selbst schon weiß, an wen ich mich wenden kann, dann gibt es in unserer Römer-Fraktion einen Referenten, der die Ortsbeiräte betreut und der einem auch immer gut weiterhilft.

Ansonsten sind wir im Römer auch in der Koalition, so dass wir einige Dezernate haben. Die Büros unserer Dezernenten und die SPD-Mitglieder in den Ausschüssen sind immer gute Ansprechpartner, gerade auch bei presserelevanten Fragen wie zum Beispiel der Mainkai-Sperrung.

Apropos Presse: Ich bin manchmal ganz froh, dass ich nicht die Fraktionsvorsitzenden bin, denn unser Fraktionsvorsitzender wird von der Frankfurter Neuen Presse oder von der Rundschau, manchmal auch von der FAZ angesprochen, wenn über ein Thema des

Ortsbezirks berichtet werden soll. Wie zum Beispiel über die Mainkai-Sperrung oder Drogenhandel, Drogenkonsum oder Prostitution im Bahnhofsviertel oder eine der vielen Neubauten.

Die meisten größeren Themen sind zwischen dem Ortsbeirat und der Römer-Fraktion geklärt. Das ist neben der Mainkai-Sperrung zum Beispiel auch der Neubau der Städtischen Bühnen. Falls der Ortsbeirat eine andere Meinung hat als die Römer-Fraktion, gibt es allerdings keinen klaren Prozess, in dem solche Konflikte geklärt werden können. Hier hängt viel am persönlichen Austausch zwischen Mitgliedern der Römer-Fraktion und der Ortsbeiratsfraktion.

Es ist von der Größe und auch von den Themen ein sehr spezieller Ortsbeirat, in dem ich bin. Er ist auch für Frankfurt nicht unbedingt typisch - auch hier gibt es Ortsbezirke, die wie eigene kleine Ortschaften funktionieren und keine so speziellen Themen haben wie gerade der Einser.

Ortsbeirätekonferenz am 24.09.2022

Wir setzen den Dialog mit Heike Hofmann, der innenpolitischen Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion fort.

**SGK und AfK Hessen laden die hessischen Ortsbeiräte herzlich ein.
Wir diskutieren, wie die Rechte und Pflichten der Ortsbeiräte verbindlicher gestaltet werden können.**

Am 24. September 2022

Ab 10 Uhr

Online mit Zoom

Anmeldung: info@afk-akademie.de

Die Zusammenarbeit von Ortsbeirat und Bürgermeister auf dem Dorf

Voraussetzungen einer gelungenen Zusammenarbeit

Julian Schweitzer, Bürgermeister von Bad Endbach

„Der Ortsbeirat ist zu allen wichtigen Angelegenheiten, die den Ortsbezirk betreffen, zu hören, insbesondere zum Entwurf des Haushaltsplans. Er hat ein Vorschlagsrecht in allen Angelegenheiten, die den Ortsbezirk angehen (...).“

Der § 82 Abs. 3 der Hessischen Gemeindeordnung ist so konkret und direkt, wie man es sonst selten in Gesetzestexten vorfindet. Formuliert er zwar die Kompetenzen und Befugnisse eines Ortsbeirates recht eindeutig, so müssen die Inhalte dieses Absatzes jedoch auch gelebt werden.

Kurze Wege

Ortsbeiräte sind von Dorf zu Dorf in der Auslegung ihrer Möglichkeiten sehr unterschiedlich. Wenn in einem Dorf der Ortsvorsteher sich nur veranlasst sieht, zu Sitzungen einzuladen, wenn er förmlich vom Gemeindevorstand um Stellungnahme gebeten wird, so kann im anderen Dorf eine andere Ortsvorsteherin sein, die fast schon monatlich zu Sitzungen einlädt, um dort gemeinsam Ideen zu sammeln oder zu gemeinsamen Arbeitseinsätzen aufzurufen.

Bei der ganzen Heterogenität von Ortsbeiräten besteht ein wesentlicher Vorteil ländlicher Gemeinden darin, dass die Verbindungen zwischen Verwaltung, Bürgermeister, Gemeindevorstand, Gemeindevertretung und den einzelnen Ortsbeiräten sehr eng ist.

Als Bürgermeister nimmt man in kleineren Kommunen an fast allen Ortsbeiratssitzungen teil, der Ortsvorsteher hat die Handynummer vom Bürgermeister und kennt das Team der Verwaltung sowie des Bauhofs nahezu vollständig persönlich. Die Wege sind kurz. Ein zentrales Element für eine gelungene Zusammenarbeit ist - wie fast immer im Leben - die gegenseitige Wertschätzung und Fähigkeit, sich in die jeweils andere Person hineinzusetzen.

Selbstverständlich hat ein Ortsvorsteher oder eine Ortsvorsteherin das Augenmerk auf den einzelnen Ortsteil. Der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin hingegen, muss alle Ortsteile als zusammenhängendes Ensemble betrachten und



Foto: Daniel Böh

versuchen durch Priorisierung und gezielten Ressourceneinsatz, eine Vielzahl an Interessen zu bedienen.

Budget

Ein geeignetes Instrument kann hier sein, den Ortsbeiräten ein eigenes Budget zur Verfügung zu stellen. In der Gemeinde Bad Endbach sind das ein Euro je Einwohner/je Ortsteil. Mit diesem Budget können kleinere Anschaffungen und Aufträge direkt über den Ortsbeirat veranlasst werden und stärken somit seine Kompetenzen und Möglichkeiten.

Gemeinsam arbeiten und umsetzen

In der Gemeinde Bad Endbach versucht der Bürgermeister durch seine Anwesenheit aufkommende Probleme frühzeitig zu erkennen und entgegenzuwirken. Transparenz und Ehrlichkeit in Kombination mit Wertschätzung und eigenem Handlungsspielraum können zu einem gelungenen Miteinander zwischen Ortsbeirat und Verwaltung führen.

Auch wenn dadurch die großen Probleme wie Investitionsstau an unserer Infrastruktur oder die schlechte finanzielle Ausstattung von Kommunen nicht gelöst werden können, so kann es trotzdem dadurch gelingen, gemeinsam an Zielen zu arbeiten und Projekte sinnvoll umzusetzen.

Kommunales Monitoring zu Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträger*innen (KoMo)

– Eine erste Betrachtung

Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus des Bundeskriminalamts

Haupt- und ehrenamtliche Amts- und Mandatsträger*innen gestalten als kommunale Repräsentant*innen das konkrete Leben in den Gemeinden vor Ort und bilden somit in einer intakten Demokratie ein zentrales Scharnier zwischen Staat und Bürger*innen. In dieser Position stellen die Kommunalpolitiker*innen eine besonders vulnerable Personengruppe dar, die aufgrund ihrer unmittelbaren Nähe zu den Bürger*innen einem besonderen Risiko ausgesetzt ist, Opfer von Anfeindungen, Bedrohungen oder Übergriffen zu werden.

Insbesondere führte die Coronapandemie nochmals vor Augen, dass Hass und Hetze gegenüber (kommunal-) Politiker*innen keine Seltenheit sind, sondern für viele inzwischen leider zum Amts- und Mandatsalltag gehören. Dies spiegelt sich zum einen im verdreifachten Fallzahlenaufkommen bei Straftaten gegen Amts- und Mandatspersonen wider (2019: 1.894 – 2021: 6.191; vgl. BMI 2021)¹. Zum anderen weisen auch diverse Studien auf Landes- und Bundesebene darauf hin, dass immer mehr kommunalpolitisch Ehren- und Hauptamtliche von Anfeindungen und Übergriffen betroffen sind. Demnach stellte eine Studie von forsa im Auftrag der Körber Stiftung fest, dass 57%² der insgesamt 1.641 befragten Bürgermeister*innen schon einmal persönlich beleidigt, bedroht und tätlich angegriffen worden sind. Ähnliches zeigt auch eine Studie aus Hessen, die von der Universität Gießen durchgeführt wurde. Diese weist eine Betroffenheitsquote von 48% aus.³ Die Zahlen dokumentie-

ren einen besorgniserregenden Anstieg von Anfeindungen gegenüber Amts- und Mandatsträger*innen, sodass sich die Frage aufdrängt, wie sich die Entwicklung in Zukunft darstellen wird. Bisher fehlt es an einer systematischen Langzeitbetrachtung, die dieses Phänomen kontinuierlich erfasst und vergleichbare Informationen zu Entwicklungen und Trends zulässt. Genau hier setzt das Kommunale Monitoring an: In Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden (DST, DLT, DStGB) führt die Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus des Bundeskriminalamtes im Rahmen des Verbundprojektes MOTRA (www.motra.info) ein Kommunales Monitoring zu Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträger*innen (KoMo) durch. Über die wissenschaftlichen Erkenntnisse hinaus soll den Amtsträger*innen so eine Plattform geboten werden, sich mitzuteilen und ihre Erfahrungen mit denen ihrer Kolleg*innen zu teilen bzw. zu einer Entwicklung präventiver Handlungsstrategien beizutragen.

Diese Umfrage wird in Abstand von sechs Monaten im Rahmen einer Herbst- und Frühjahrsbefragung (bis 2024) durchgeführt: Die erste Erhebung im Rahmen der Herbstbefragung 2021 startete mithilfe einer Onlinebefragung von haupt- und ehrenamtlichen (Ober-) Bürgermeister*innen und Landrät*innen im November 2021. Diese umfasst verschiedene 'Anfeindungskategorien', wie verbale/schriftliche Anfeindungen, Hasspostings im Netz sowie tätliche Übergriffe. Erste Analysen des KoMo bestätigen weitest-

¹ BMI – Bundesministerium des Inneren und für Heimat (2022). Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2021 – Bundesweite Fallzahlen. Abrufbar unter: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2022/pmk2021-factsheets.pdf?__blob=publicationFile&v=1

² forsa Politik- und Sozialforschung GmbH (2021). Hass und Gewalt gegen Kommunalpolitiker/innen. Einschätzungen und Erfahrungen von Bürgermeister/innen in

Deutschland. Abrufbar unter: https://www.stark-im-amt.de/fileadmin/user_upload/Startseite/Umfrage_Hass_und_Gewalt_gegen_Kommunalpolitiker.pdf

³ Bannenberg, B., Pfeiffer, T. & Erb, D. (2021). Gewalt gegen Bürgermeister in Hessen. Abrufbar unter: https://mik.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Kommunalstudie%20BB_finale_Fassung_Auflage1.pdf.

gehend die Zahlen aus vorangegangenen Studien; allerdings liegt hier der Betrachtungszeitraum in den letzten sechs Monaten. Von 1.495 befragten (Ober-) Bürgermeister*innen/Landrät*innen gaben insgesamt **46%** an, im vergangenen Halbjahr (Mai-Oktober'21) Anfeindungen gegen ihre Person und/oder enge Familienangehörige erlebt zu haben. 70% davon entfielen auf verbale/schriftliche Anfeindungen, 26% auf Hasspostings und 4% auf tätliche Übergriffe. Zudem gab ein Großteil der Befragten an, ein eher verrohtes Diskussionsklima in den sozialen Medien vorzufinden – auch unabhängig davon, ob Anfeindungen erlebt wurden oder nicht.

In den meisten Fällen handelte es sich hierbei um Beleidigungen, üble Nachrede/Verleumdungen, Bedrohung/Nötigung, Diskriminierung und bei tätlichen Übergriffen um Bedrängen, Schlagen/Treten und diverse Sachbeschädigungen. Dabei wurde jeder zehnte Vorfall zur Anzeige gebracht, wobei hier auffällig scheint, dass der prozentuale Anteil der zur Anzeige gebrachten Vorfälle im Falle von Anfeindungen gegenüber Familienangehörigen (28%) doppelt so hoch ist im Vergleich zu Anfeindungen gegen die eigene Person. Offenbar ist in diesen Fällen für Viele eine Grenze erreicht, während Anfeindungen gegen die eigene Person oft als „Teil des Jobs“ betrachtet werden. Das Erlebte hat auch einen Einfluss auf das Bedrohungs- und Sicherheitsempfinden der Befragten, die angaben, sich bei dem letzten Vorfall eher stark persönlich betroffen und verletzt gefühlt zu haben und dies auch zu entsprechenden Veränderun-

gen im Alltag geführt hat. Dass die Vorfälle nicht folgenlos für die psychische und physische Gesundheit der Amtsträger*innen bleiben, zeigen die Antworten der Befragten: 81% geben an, unter Folgen wie depressiven Verstimmungen, Angst/Unruhe und Konzentrationsschwierigkeiten zu leiden. Zudem gaben 14% an, durch die Anfeindungen eine Rufschädigung davongetragen zu haben und 7% der Betroffenen berichten, eine Mandatsniederlegung erwogen zu haben bzw. in Betracht zu ziehen, nicht erneut zu kandidieren.

Diese ersten Daten aus dem Kommunalen Monitoring lassen offenkundig werden, dass das konkrete Erleben von Anfeindungen umfassende negative Folgen auf die haupt- und ehrenamtliche Arbeit in den Kommunen hat. Dennoch ist eine räumliche Nähe zu den Wähler*innen und Bürger*innen, die in den Kommunen leben, wesentlich, damit Demokratie ge- und erlebt wird. Insofern weisen Hass, Hetze und Gewalt – insbesondere auf kommunalpolitischer Ebene – ein demokratiegefährdendes Potenzial auf, das zu beobachten bleibt.

Möchten Sie sich uns mitteilen und an der Umfrage (halbjährlich) teilnehmen oder haben Sie Fragen? Dann melden Sie sich gerne unter kommunalmonitor@bka.bund.de.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.motra.info. Ein ausführlicher Bericht erscheint zum 01. September 2022.

Gemeinsam Wiesbaden gestalten – ökologisch, sozial und digital!

SPD Wiesbaden schmiedet Kooperation mit Grünen, Linke und Volt.

von Dr. Hendrik Schmehl, Fraktionsvorsitzender der Wiesbadener SPD



Foto: Martin Kraft

„Endlich! – so lautete der fast schon überstrapazierte Ausbruch, der allen über die Lippen geht, wenn Veranstaltungen nach den Corona-Beschränkungen der letzten beiden Jahre wieder stattfinden. Endlich passt aber auch auf die Regierungsbildung in Wiesbaden, die immerhin 14 Monate gedauert hat.

Nach der Kommunalwahl 2021 mit einem schmerzhaften Wahlergebnis für die SPD (knapp 20%, 6 Prozent Verlust) waren abermals nur Konstellationen mit mindestens drei Partnern möglich. Das Bündnis aus 2016-2021 aus SPD, CDU, Grün, eine Ampel sowie SPD, CDU, FDP und Jamaika. Möglich war darüber hinaus eine Mehrheit aus SPD, Grünen, Linken und den Neulingen von Volt. Eine solche Konstellation wurde aber zunächst verworfen, zu unstet erschien die Linke, zu unerfahren Volt. Auch die inhaltliche Distanz zwischen Linken und Volt erschien nicht unerheblich.

Nach den ersten Sondierungsrunden entschieden sich SPD und Grünen zunächst für ein Angebot an die FDP – wir ahnten, dass das auch im Bund zunehmend an Bedeutung gewinnen wird. Leider lehnte die FDP dieses Angebot ab und kettete sich an die CDU. SPD und Grünen waren sich schnell einig, dass sie als Mehrheitsbeschaffer für zwei bürgerliche Parteien nur wenig zu gewinnen hatte. Darüber hinaus fehlten SPD und Grünen nur 7 Stimmen, um mit 41 Stimmen die absolute Mehrheit in der Stadtverordnetenversamm-

lung zu erreichen. Die Linke stellt in Fraktionsgemeinschaft mit Die Partei 6 Stimmen, Volt verfügt über drei Mandate. Darüber hinaus stellt die SPD mit Gert-Uwe Mende den Oberbürgermeister.

Da keine Bewegung in der Koalitionsfrage zu bemerken war, stand unterdessen eine gemeinsame Antragsarbeit im Mittelpunkt – und zwar in der Regel von SPD, Grünen, Linke und Volt. Weitreichende Beschlüsse etwa zum Thema bezahlbarer Wohnraum (z.B. Quoten, Verlängerung Belegungsbindung, Erhaltungssatzung, Leerstandskataster etc.) oder zu Verkehrsfragen wie etwa Tempo 30/40 nachts auf Hauptverkehrsstraßen.

Nach der Bundestagswahl gab es wider Erwarten keine Bereitschaft von CDU oder FDP in eine Regierung mit SPD und Grünen einzutreten, umgekehrt wollten wir uns nicht ohne Not spalten lassen.

Ein vorgeschlagenes Minimalbündnis der vier großen Parteien von CDU, Grünen, SPD und FDP kam für uns ebenfalls nicht in Frage – das ist eine Koalition des kleinsten gemeinsamen Nenners, es ist immer ein Partner verzicht- und damit erpressbar und es gibt kaum Opposition gegen diese Verbindung, die immerhin 75 Prozent der Sitze auf sich vereint.

Im Herbst 2021 wuchs der Druck dennoch weiter, da ein Haushalt für die Jahre 2022/23 zu beschließen war. Nach kurzer Abwägung entschieden wir uns mit

den Grünen zusammen, einen Haushalt mit Linken und Volt auszuprobieren. Vertrauen und gemeinsame Erfahrung konnten wir über die Antragsarbeit ja zu genüge sammeln. Und es funktionierte erstaunlich gut. Vielfach wurde deutlich, dass diese vier Partner in den allermeisten Fällen politisch in die gleiche Richtung wollen. Streitpunkt ist dabei eher die Schrittlänge – und die wiederum ist auch durch die städtischen Finanzen begrenzt. Für die Gesprächsatmosphäre und das Miteinander ist das natürlich deutlich einfacher. Ebenso waren alle Beteiligten zu Kompromissen bereit, insbesondere mit der Partei Die Linke eine neue Erfahrung.

Daher war es folgerichtig, im Frühjahr 2022 in konkrete Koalitionsgespräche einzusteigen. Diese waren zeitlich sehr intensiv, wurden durch die #metoo-Frage auch zwischenzeitlich unterbrochen und führten schlussendlich auch nur zu einer etwas lockeren Form der Kooperation (d.h. bei nicht im Vertrag

geregelten Themen sind die Partner frei in der Abstimmung, sofern es keine Relevanz für den Haushalt hat).

Dennoch liegt nun ein dicker Kooperationsvertrag mit 136 Seiten vor.

Alle Partner sind mit dem Ergebnis – sowohl was die Verteilung der hauptamtlichen Dezernate als auch bei den Inhalten – mehr als zufrieden. Die SPD, Die Linke und Volt gaben auf ihren Mitgliederversammlungen einstimmig ihren Segen, Grüne hatten einige Enthaltungen zu verzeichnen. Es gab bei allen vier Partnern keine einzige Gegenstimme – eine gute Grundlage für die kommenden Jahre der Umsetzung der gemeinsamen Ziele. Wir sind überzeugt, Wiesbaden wird ökologischer, sozialer und digitaler. Wie genau? Das kann im Kooperationsvertrag nachgelesen werden, der [hier](#) in voller Länge abrufbar ist.

(oder hier: www.spd-wiesbaden.de)

Search inside yourself – eine Methode für mehr soziale Intelligenz

Michael Siebel, Geschäftsführer der AfK Hessen

„Search inside yourself“ ist die Fähigkeit, die eigenen Gefühle und Emotionen sowie die Gefühle und Emotionen anderer zu beobachten, zu unterscheiden und sich von den dabei gewonnenen Informationen in seinem Denken und Handeln leiten zu lassen.

Emotionale Intelligenz befähigt zu herausragenden beruflichen Leistungen und sicherlich auch zu herausragenden politischen Leistungen.

Im Kern ist diese Methode, die von Google entwickelt wurde, ein Programm zu Entwicklung der emotionalen Intelligenz. Eine der Säulen ist die Schulung der eigenen Achtsamkeit – und der Achtsamkeit anderen gegenüber. Das Programm ist neurowissenschaftlich begründet und basiert auf der Erkenntnis der Neuroplastizität. Einfach gesagt heißt das, dass wir durch bewusstes Handeln unser Denken und damit die Art und Weise, wie unser Gehirn arbeitet, verändern können – jederzeit und in jedem Alter.

Die Methode

Die Methode gliedert die emotionale Intelligenz in fünf Bereiche:

1. Die Selbstwahrnehmung, also das Wissen um die eigenen, inneren Zustände.
2. Die Selbstregulierung, also der Umgang mit diesen inneren Zuständen.
3. Die eigene Motivation, die das Erreichen von Zielen ermöglicht.
4. Die Wahrnehmung von Gefühlen und Bedürfnissen, also die Empathie.
5. Die soziale Fähigkeit, andere zu gewünschten Reaktionen zu veranlassen.

Sie basiert auf der Kombination von dem Programm des „Mindfull based stress reduction“ (MBSR) und der Methode des Focusing. Elemente sind bewusstes

Atmen, Meditation, „bodyscan“ und intuitives Schreiben.

Intuitives Schreiben ist eine gute Methode, um Stressauslöser wahrzunehmen und die eigene Sichtweise zu hinterfragen.

Bodyscan wiederum ist eine Entspannungstechnik, die sich aus Elemente von Yoga und Meditation zusammensetzt. Sie führt dazu, dass wir unseren Körper bewusst wahrnehmen.

Fazit

„Search inside yourself“ kann auch uns als Aktive in der professionellen und ehrenamtlichen Politik helfen, produktiver und ergebnisorientierter zu arbeiten. Das ist umso wichtiger, als wir auch als Kommunalpolitiker*innen mit zunehmend komplexen und herausfordernden Aufgaben konfrontiert sind.

Wir müssen mit unseren Ressourcen schonend umgehen. Dies können wir mit verschiedenen Techniken erlernen.

„Search inside yourself“ ist dabei nur eine Möglichkeit von vielen. Wichtig ist es, Stressfaktoren zu erkennen und individuelle Lösungen zu finden.

Terminhinweis:

Stressbewältigung für Kommunalpolitiker*innen am 24. September 2022 in Wetzlar

Workshop zur Prävention und zum achtsamen Umgang

60 € mit VP Trainer: Jens Winkler [Infos hier](#)

Kontakt:

Michael Siebel

Mobil 0177-707 7894

Mail michael.siebel@sgk-hessen.de

Terminweis der Bundes-SGK

Fachkonferenz "zukunft.kommunal.konkret"

Gestalten wir die Zukunft:

Resiliente Städte, Gemeinden und Kreise

22. September 2022 15:00 Uhr bis
23. September 2022 16:00 Uhr

[Informationen und Anmeldung](#)

Wenn wir über resiliente Städte, Gemeinden und Kreise sprechen, dann meinen wir damit gut aufgestellte und anpassungsfähige und agile Kommunen.

Der damit verbundene politische Gestaltungsauftrag ist klar: Was können und was müssen wir in der Kommunalpolitik tun, um uns für die Zukunft fit zu machen? Wie können wir den Krisen dieser Zeit begegnen?

Bundes-SGK

Stresemannstr. 30, 10963 Berlin

info@bundes-sgk.de

Telefon: 030 259 93-960 und -961

Wir wollen ein Zukunftsbild einer von den Kommunen getragenen sozial gerechten Gesellschaft zeichnen, in der die öffentliche Daseinsvorsorge gestärkt ist und Sicherheit im Wandel der anstehenden Transformation zu einer klimagerechten, dekarbonisierten und digitalisierten Welt schafft. Dazu brauchen wir resiliente Städte, Gemeinden und Kreise – nicht nur in Deutschland, sondern in Europa und der ganzen Welt.

Die **Fachkonferenz am 22./23. September 2022 im Congress Center in Leipzig** ist die erste große Präsenzveranstaltung der Bundes-SGK seit der Corona-Pandemie.

Die Fachkonferenz wird sich mit der Zukunftsgestaltung der Kommunen und der Stärkung der Resilienz in den Städten, Gemeinden und Kreisen befassen:

Wichtige Schwerpunktthemen sind:

- Kommunen in der Transformation – Robuste Strukturen in der Daseinsvorsorge
- Energieversorgung in den Städten – Dezentrale Lösungen im Quartier
- Armutsbekämpfung in den Kommunen – Sicherheit im Wandel

In Fachforen werden weitere Themen aufgerufen:

- Investitionen in Klimaanpassung und neue Lebensqualität
- Bezahlbares Wohnen in ausufernden Immobilienmärkten
- Neue Mobilität in den Regionen
- Mehr Agilität durch Digitalisierung
- Innenstädte und Zentren entwickeln ein neues Gesicht
- Zuwanderung und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Als Mitwirkende haben u.a. bereits zugesagt:

Nancy Faeser, Bundesministerin des Innern und für Heimat,

Kevin Kühnert, MdB, Generalsekretär der SPD,

Burkhard Jung, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig und Vizepräsident des Deutschen Städtetages,

Ralph Spiegler, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Nieder-Olm, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Michael Ebling, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Mainz, Vorsitzender der Bundes-SGK und Präsident des VKU.

Termine der SGK Hessen

Anmeldung unter info@sgk-hessen.de

[Informationen: 0611-360-117-4](tel:0611-360-117-4)

08.09.2022 12.30 - 14.00 Uhr

Talkrunde online (ZOOM)

„Baulandmobilisierungsgesetz“

Elke Barth, MdL

wohnungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion

22. September 2022 19.00-21.00 Uhr

„Wie gewinnen wir junge Menschen für die Kommunalpolitik?“

Seminar online (Zoom) mit Anna Latsch

28. September 2022 12.30 -13.30 Uhr

„Garantiert mobil - Das Odenwaldmodell“

Veranstaltung online (Zoom) mit Stefan Reinhardt,

Kommunikation & stellvertretender Leiter, OREG mbH

++++ NEU +++++

Die Kommunale Kaffeepause

findet **ab September immer dienstags um 12 Uhr**
statt.

Der neue Link wird demnächst verschickt.



ORTSBEIRÄTEKONFERENZ

der AfK und SGK Hessen

am 24. September 2022

ab 10 Uhr

online mit Zoom

Anmeldung und Info: 0611-360-117-6 info@afk-akademie.de

Liebe Ortsbeiräte,

es zieht sich durch die Diskussionen unserer Konferenzen wie ein roter Faden:

Die erfolgreiche Arbeit der Ortsbeiräte und Ortsbeirätinnen in Hessen hängt vom guten Zusammenspiel zwischen Magistrat, Bürgermeister*in und Verwaltung ab.

Fehlt die Bereitschaft zur Zusammenarbeit und vor allem die Wertschätzung, wird es schwierig. § 82 der Hessischen Gemeindeordnung, der die Wahl und Aufgabe der Ortsbeiräte in den hessischen Kommunen regelt, wird dabei oft als zu unverbindlich kritisiert.

Wir greifen diese Kritik auf und diskutieren mit Heike Hofmann, innenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, alternative Regelungen. Sie wird auch die aktuellen Vorschläge der SPD-Landtagsfraktion vorstellen.

Dabei ist eure Meinung ausdrücklich erwünscht, daher freuen wir uns über eine rege Beteiligung.

Die Konferenz findet statt **am 24.09.2022 ab 10 Uhr online mit Zoom.**

Anmeldungen (Name und Adresse sowie Ortsbeirat angeben) bitte per Mail an:

info@afk-akademie.de

Der Link wird den angemeldeten Personen 1-2 Tage vor der Veranstaltung zugesendet.

Jahresprogramm der AfK Hessen 2022



Intensivkurse (je 150,- € mit Ü+VP)		
15.-16.10.2022	Doppik-Intensiv	Herborn

Tages- und Abendseminare (Tagesseminar mit VP 60,- €; Abendseminar 25,- €)		
10+11.09.2022	Steuerung kommunaler Haushalte: Beteiligung von Bürger*innen (2-tägiger Workshop) ANMELDUNG bis zum 24.08.22!	Darmstadt
17.09.2022	HGO Grundkurs	Limburg
20.09.2022	Zeitmanagement für Ehrenamt und Beruf	online
21.09.2022	Grundlagen der Gesundheitspolitik	online
24.09.2022	Achtsamkeit und Stressmanagement für Kommunalpolitiker*innen	Wetzlar
24.09.2022	Ortsbeirätekonzferenz	online
28.09.2022	Mobilität im ländlichen Raum	online
08.10.2022	Leichte Sprache	Limburg
11.10.2022	Klimaschutz: Instrumente in der Kommune	online
19.10.2022	Sozialpolitik in der Kommune	online
03.11.2022	Fraktionsmittel wie verwende ich sie richtig?	online
05.11.2022	Doppik Aufbaukurs	Frankfurt
19.11.2022	Bau- und Planungsrecht	Frankfurt
24.11.2022	Integrierte Medienplanung	Wiesbaden

Stand:17.08.2022

„Auf dem Weg ins Rathaus“

Für Kommunalpolitiker*innen, die sich auf ein Direktmandat vorbereiten wollen

Termine:

15.10.2022 Modul 1 Kommunikation: (F. Matiaske)

05.11.2022 Modul 2 Rhetorik: (F. Matiaske)

12.11.2022 Modul 3 Selbstmanagement: (M.Siebel)

26.11.2022 Modul 4 Die wirtschaftliche Betätigung der Kommune & Social Media auf lokaler Ebene: online
M.Siebel und A. Gerlach)

10.12.2022 Modul 5 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: (F. Matiaske)

in Darmstadt AGORA pro Modul 50 €

Weitere Informationen:

www.afk-hessen.de

info@afk-akademie.de

0611-360-117-6



Bildungsurlaube (je 400,- € mit Ü+VP)		
17.- 21.10.2022	Kommunalpolitik	Bad Hersfeld
14.-18.11.2022	Führung	Herborn
Alle Bildungsurlaube sind staatlich anerkannt		

DEMO

■ DAS SOZIALDEMOKRATISCHE
MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK

DIE NEUE DEMO

- digitaler
- aktueller
- stärker vernetzt

Exklusiv für SGK-Mitglieder!

Vier Mal im Jahr für nur:

5,10 €/Jahr

E-Paper-Abo

SPD-Mitglieder: 10,20 € · Sonstige: 20,40 €

6,00 €/Jahr

Print-Abo

SPD-Mitglieder: 12,00 € · Sonstige: 24,00 €

JETZT ABONNIEREN!

DEMO-ONLINE.DE/ABO